

01.11.2006 - 15:33 Uhr

SGB: Prekäre Wahrnehmung des Bundesrates

Bern (ots) -

9 Jahre liess sich der Bundesrat Zeit, um dürftige Resultate zu der Entwicklung der prekären Arbeitsverhältnisse zu liefern. In Beantwortung des Postulats Rennwald aus Jahre 1997 kommt der Bundesrat heute zum Schluss, dass die prekären Arbeitsverhältnisse in der Schweiz nicht zugenommen hätten.

Wer die verfügbaren Statistiken betrachtet, sieht, dass diese Aussage allenfalls behördlichem Wunschdenken, nicht aber der Realität entspricht.

Gemäss der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung nimmt die Arbeit auf Abruf stetig zu. So arbeiteten 2006 im Vergleich zum Jahr 2003 21000 Personen mehr auf Abruf also ohne feste Arbeitszeiten. Die Zahl der Arbeitnehmenden mit einem befristeten Arbeitsvertrag hat sich in den letzten 10 Jahren verdoppelt. Heute arbeiten 113'000 mit einem auf maximal 3 Jahre befristeten Vertrag, 1997 waren es 55'000. Die von Temporären geleisteten Arbeitsstunden haben in den letzten Jahren sogar um 260 Prozent zugenommen!

Diese Beschäftigungsformen bedeuten nicht nur harte individuelle Schicksale, sondern bergen auch sozialpolitischen Zündstoff. Mit prekären Beschäftigungsformen müssen insbesondere Frauen, Jugendliche und ausländische Arbeitnehmende vorlieb nehmen. Prekär Beschäftigte sind schlecht bezahlt und haben ein deutlich höheres Arbeitslosigkeitsrisiko. Dazu kommen miese Arbeitsbedingungen, wie etwa hohe Unfallgefahren. Von den Temporären in Industrie und Baugewerbe erleidet rund ein Drittel einen Berufsunfall.

Dementsprechend drohen auch dauerhafte Belastungen für die Sozialwerke. Das geltende Arbeitsrecht und die Sozialgesetzgebung stützen sich primär auf die traditionellen, sicheren, Arbeitsverhältnissen ab. Prekäre Beschäftigungen fallen durch die Maschen der Gesetze und gewähren wenig Schutz.

Der SGB ist der Ansicht, dass der Bundesrat die negativen Auswirkungen der prekären Arbeit bekämpfen muss und nicht einfach dulden darf. Taten und nicht Abwarten sind gefragt, will man die längerfristige Prekarisierung des Arbeitsmarktes verhindern.

Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Auskunft:

Daniel Lampart, 079 205 69 11

Doris Bianchi, 076 564 67 67

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100003695/100518701> abgerufen werden.